

NACHRICHTEN

IKRK repatriert Kriegsgefangene

GENÈVE: Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat 72 sudanesischen Kriegsgefangene aus Uganda repatriert. Dies gab das IKRK in Genève bekannt. Die Gefangenen wurden am 11. Januar in Entebbe an IKRK-Delegierte übergeben. Die 72 Männer befanden sich seit 1997 in ugandischer Kriegsgefangenschaft. Sie waren regelmässig von IKRK-Delegierten besucht worden.

Papon erhielt Herzschrittmacher

PARIS: Der 89-jährige französische Nazi-Kollaborateur Maurice Papon ist ohne Komplikationen am Herzen operiert worden. Die Operation im Spital im Pariser Vorort Ivry, bei der Papon unter Vollnarkose ein Herzschrittmacher eingesetzt wurde, sei ohne Probleme verlaufen, sagte Papons Anwalt Francis Vuillemin in Paris. Der Eingriff erfolgte bereits am Mittwochabend, nachdem es zunächst geheissen hatte, Papon werde am Donnerstag operiert. Der Anwalt hatte darauf hingewiesen, dass die Operation wegen des hohen Alters seines Mandanten mit einem erheblichen Risiko verbunden sei. Der wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilte Papon war vor einer Woche mit akuten Herzproblemen vom Gefängnis in ein Pariser Spital verlegt worden. Papon verbüsst seit dem 22. Oktober eine zehnjährige Haftstrafe. Er war wegen der Beteiligung an der Deportation von mehr als 1500 Juden aus Bordeaux während des Zweiten Weltkriegs verurteilt worden. Im Herbst hatte sich Papon seinem Haftantritt zunächst durch Flucht in die Schweiz entzogen, war kurz darauf aber festgenommen und abgeschoben worden. Vor zwei Wochen stellte er aus Gesundheitsgründen ein Gnadengesuch, dem nur Staatspräsident Jacques Chirac stattgeben kann.

Fünffacher Mörder hingerichtet

MCALISTER: Im US-Bundesstaat Oklahoma ist ein Serienmörder mit der Giftspritze hingerichtet worden. Ein Gefängniswärter sagte, der 46-Jährige sei vier Minuten nach der Verabreichung des Giftes gestorben. Vorher habe er die Verwandten seiner fünf Opfer um Vergebung gebeten. Da der Zeugenraum nicht genug Platz bot, verfolgten einige der 30 anwesenden Verwandten die Hinrichtung auf einem Fernsehmonitor. Der Verurteilte hatte 1984 vier Frauen und einen Mann bei offenbar zufälligen Begegnungen getötet. Es war die 21. Hinrichtung in Oklahoma seit 1977. Der Oberste Gerichtshof der USA hatte die Todesstrafe 1976 wieder zugelassen.

Anschläge gescheitert

MOSKAU: In Russland sind nach Angaben von Sicherheitsbehörden drei geplante schwere Anschläge auf Wohnhäuser gescheitert. In der Stadt Armawir hätten Unbekannte versucht, drei Häuser durch Gas-Explosionen zu sprengen, meldete die Nachrichtenagentur Itar-Tass am Donnerstag unter Berufung auf die regionale Abteilung des Inlandsgeheimdienstes FSB. Über die Hintergründe wurden zunächst keine Angaben gemacht. Die Täter hätten am Mittwoch in den Häusern die Hauptventile an den Gas-Leitungen entfernt und dort Zeitzündler befestigt, hiess es. Die Zündvorrichtungen hätten jedoch das Gas nicht entzündet. Durch die Wucht der Explosionen wären die Häuser den Angaben zufolge vollständig zerstört worden.

Südkorea stimmt Regierungschef zu

SEOUL: In Südkorea hat das Parlament am Donnerstag die Ernennung des Mitbegründers des Stahlkonzerns Pohang Iron and Steel, Park Tae Joon, zum neuen Ministerpräsidenten bestätigt. Der 72-Jährige ersetzt den bisherigen südkoreanischen Regierungschef Kim Jong Pil, der seinen Rücktritt Ende des letzten Jahres angekündigt hatte. Von den anwesenden 279 Abgeordneten der Nationalversammlung in der Hauptstadt Seoul stimmten nach Angaben des Präsidentschaftsamt 174 Abgeordnete für Park Tae Joon. Nach Rücksprache mit dem neuen Regierungschef wollte Präsident Kim Dae Jung das Kabinett auf zahlreichen Posten neu besetzen. Der ehemalige Armeeoffizier Park ist seit Ende 1997 Vorsitzender der von Kim Jong Pil gegründeten Vereinten Liberal-Demokraten. Kim wollte sich auf die Parlamentswahlen im April vorbereiten.

Politische Auferstehung?

Regierungschef Ecevit fürchtet «politische Auferstehung» Öcalans

ISTANBUL/ANKARA: Der Fall des zum Tode verurteilten PKK-Chefs, Abdullah Öcalan, spaltet weiter die Öffentlichkeit in der Türkei.

Claudia Steiner

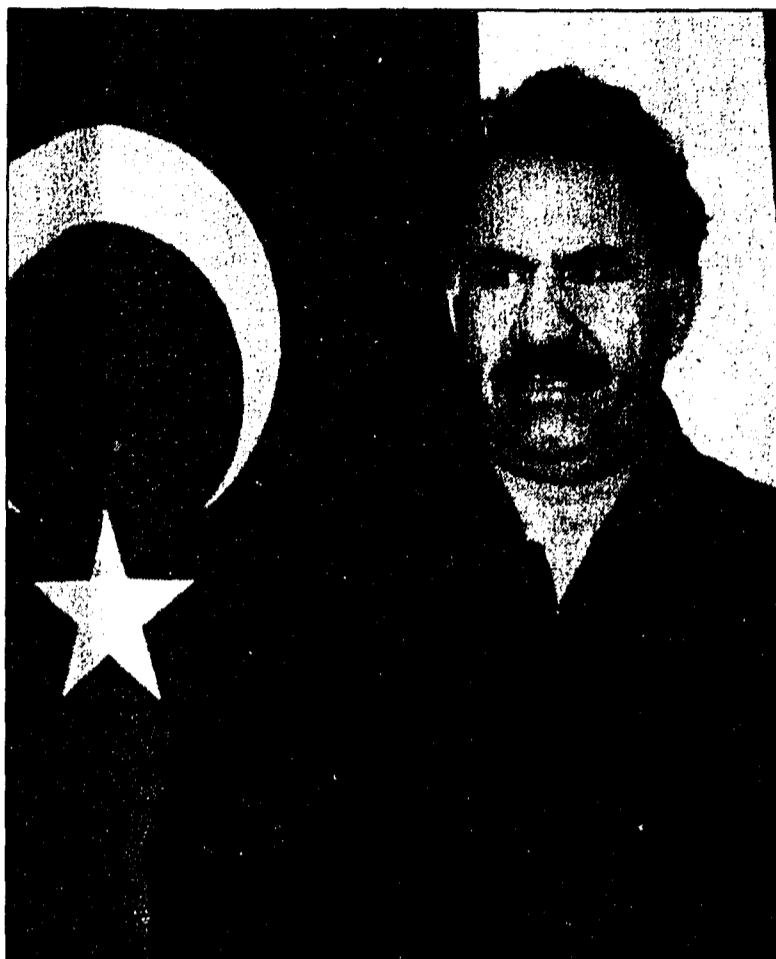
Einen Tag nach der Entscheidung der Koalition, die Abstimmung des Parlaments über die Hinrichtung Öcalans zu verschieben, sind viele Menschen wütend. «Schande über Euch», hiess es am Donnerstag in der rechten türkischen Zeitung «Ayyıldız». Auch viele Menschen auf den Strassen können den Entschluss nicht verstehen: «Dieser Hund hat Tausende Menschen umgebracht. Ich will, dass er hängt», empört sich ein Mann in Istanbul.

Bei der an der Regierung beteiligten rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sollen am Mittwochabend die Telefone nicht mehr still gestanden haben. Die MHP hatte bei den Wahlen im April vor allem wegen ihrer harten Linie gegen die PKK und Öcalan so gut abgeschnitten.

Verrat

«Ihr habt uns verraten», schimpften die Menschen Zeitungsberichten zufolge. MHP-Chef Devlet Bahçeli hatte nach der mehr als sieben Stunden dauernden Sondersitzung der Regierung in Ankara zähneknirschend eingelenkt. «Möge es gut für unsere Nation sein», sagte Bahçeli mit versteineter Mine.

Der Chef der Mutterlandspartei (Anap), Mesut Yılmaz, der vor wenigen Monaten noch die Hinrichtung Öcalans gefordert hatte, unter-



PKK-Chef Abdullah Öcalan spaltet die Öffentlichkeit. (Bild: Keystone)

stützte die Demokratische Linkspartei (DSP) von Bülent Ecevit. Der Ministerpräsident hatte die Koalitionspartner immer wieder zur Besonnenheit aufgerufen.

Politisch tot

«Öcalan ist politisch tot. Ich fürchte, wenn er hingerichtet wird, wird er politisch wieder auferstehen», hatte Ecevit, ein erklärter

Gegner der Todesstrafe, vor kurzem gesagt. Ein toter Öcalan «könnte innerhalb und ausserhalb der Türkei grossen Schaden anrichten».

Eine Hinrichtung des auf der Gefängnis-Insel İmralı im Marmarameer inhaftierten Separatistenführers könnte in der Türkei eine neue Welle der Gewalt auslösen, befürchten politische Beobachter. Nach den Friedensaufrufen des wegen Hoch-

verrats und zahlreicher Morde zum Tode verurteilten Öcalans hat die Zahl der Kämpfer und Opfer im Südosten der Türkei deutlich abgenommen.

Die Vollstreckung der Todesstrafe – es wäre in der Türkei die erste Hinrichtung seit 1984 – würde auch Ankaras EU-Beitritt in noch weitere Ferne rücken. Die Türkei war erst im Dezember auf dem EU-Gipfel in Helsinki als Beitrittskandidat akzeptiert worden. Europa fordert von Ankara zahlreiche Reformen, darunter auch die Abschaffung der Todesstrafe.

Die grossen Zeitungen haben den Entschluss überwiegend positiv aufgenommen. Für viele Beobachter ist die Abmachung der Koalition, eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Strassburg abzuwarten, aber nicht genug. Denn die Türkei hat das Parlamentsvotum über das weitere Schicksal Öcalans lediglich ausgesetzt.

Aufschub unter Bedingungen

Ecevit hatte offenbar als Zugeständnis für die MHP erklärt, dass der Prozess der Verschiebung sofort enden werde, sollten die PKK oder deren Anhänger die Entscheidung gegen die Interessen der Türkei nutzen. Falls es zu einer Abstimmung im Parlament kommt, würde vermutlich die Mehrheit der Abgeordneten für eine Hinrichtung Öcalans stimmen. «Es ist keine Lösung, die Entscheidung über die Hinrichtung zu verschieben», schrieb ein Kommentator der Zeitung «Radikal». Die wahre Lösung sei vielmehr die Abschaffung der Todesstrafe.

Atomares Waffenarsenal

ISLAMABAD: Pakistan will sein atomares Waffenarsenal weiter ausbauen. Dies sei für eine glaubwürdige und zuverlässige Abschreckung gegen Bedrohungen der eigenen Sicherheit nötig, sagte Aussenminister Abdus Sattar. Die Erklärung folgte auf heftige Angriffe islamischer Fundamentalisten Anfang Monat. Zuvor hatte Sattar sich für eine Unterzeichnung des Atomteststopp-Vertrages ausgesprochen. Die Regierung hatte eine landesweite Debatte über einen möglichen Beitritt Pakistans zu dem Abkommen ausgelöst.

Bedingungen für Golan-Abzug

Barak strebt Verbleib jüdischer Siedler auf dem Golan an

JERUSALEM: Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak will nach Medienberichten bei den Verhandlungen mit Syrien darauf dringen, dass die israelischen Siedler auch nach Abschluss eines Friedensvertrags auf den Golanhöhen bleiben können.

Die israelische Zeitung «Haaretz» veröffentlichte den vollen Text des US-Arbeitspapiers, das als Rahmen für die israelisch-syrischen Friedensgespräche dienen soll. Barak

bestätigte, es handle sich bei der Veröffentlichung um den Originaltext. US-Präsident Clinton hatte das Dokument Barak und dem syrischen Aussenminister el Schara während der Verhandlungen in der US-Kleinstadt Shepherdstown überreicht. Der Text ist der Entwurf eines Friedensvertrags mit Präambel und neun Artikeln, in dem jedoch bei den noch offenen Fragen die Sichtweisen beider Seiten dargestellt sind. Die Verhandlungen sollen am kommenden Mittwoch

fortgesetzt werden. In der Präambel des Vertragsentwurfs heisst es, Ziel beider Seiten sei es, einen gerechten, dauerhaften Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage der UNO-Resolutionen 242 und 338 zu erreichen. Diese Resolutionen sehen einen israelischen Abzug aus den im Sechstagekrieg 1967 besetzten Gebieten und damit auch den Golanhöhen vor. Im Vertragsentwurf wird jedoch nicht der genaue künftige Grenzverlauf erwähnt.

Krenz tritt Haftstrafe an

Der letzte DDR-Partei- und Staatschef wird sechseinhalb Jahre einsitzen

BERLIN: Der letzte DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz hat am Donnerstag seine Haftstrafe angetreten. Der 62-Jährige fand sich am Nachmittag gemeinsam mit seinem Anwalt in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Hakenfelde ein.

«Ich fühle mich nicht als Krimineller, sondern als einer, der politisch verfolgt wird und sich wehrt», sagte Krenz vor dem Gefängnis. Der frühere SED-Politiker musste seine Strafe antreten, nachdem das Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde gegen seine Verurteilung nicht zur Entscheidung angenommen hatte. Krenz war im vergangenen November vom Bundesgerichtshof wegen der Tötung an Mauer und Stacheldraht zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt worden.

Krenz traf gegen 16 Uhr in der Justizvollzugsanstalt ein. Nach Angaben seines Anwalts sollte er zunächst in eine Mehrbettzelle kommen. In den nächsten Tagen werde Krenz dann ein «Einzelzim-

mer» erhalten. Sein Mandant sei als Angestellter tätig. Daher werde er zur Ausübung seines Berufes die Haftanstalt verlassen können. Das Wochenende müsse Krenz aber im Gefängnis verbringen. Das Bundesverfassungsgericht hatte am Mittwoch eine Verfassungsbeschwerde von Krenz gegen seine Verurteilung nicht zur Entscheidung angenommen.



Der letzte DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz hat gestern seine Haftstrafe angetreten. (Bild: Keystone)

Flotterbericht zensuriert
 Die britische Antidiskriminierungs-Kommission hat einen Bericht über die britische Regierung zensuriert. Der Bericht im Zusammenhang mit dem Vorfall in der britischen Antidiskriminierungs-Kommission wurde zensuriert. Die Kommission hat den Bericht über die Antidiskriminierungs-Kommission zensuriert. Die Kommission hat den Bericht über die Antidiskriminierungs-Kommission zensuriert. Die Kommission hat den Bericht über die Antidiskriminierungs-Kommission zensuriert.